

Bemerkungen betrachtet, so könnte bei den einzelnen Paragraphen leicht Mißverständniß entstehen, wenn nachher Seiten der Regierung sich nicht in der Maasse zustimmend geäußert würde, wie aus den speciellen Bemerkungen vielleicht geschlossen werden möchte. Denn allerdings habe ich gefunden, daß bei einzelnen Paragraphen aus Irrthum theils bestimmt, theils unbestimmt der Zustimmung der Regierungscommissarien gedacht ist. Nun bin ich weit entfernt, der geehrten Deputation irgend einen Vorwurf darüber machen zu wollen; denn es ist in der That so etwas außerordentlich leicht bei der außerordentlichen Mühe, welche dieser umfangliche Bericht erfordert hat; indessen wünschte ich nur dies im Allgemeinen zu bemerken, damit nicht in einzelnen Fällen Mißverständnisse daraus entstanden. Endlich habe ich noch eine Bemerkung zu machen. Es ist nämlich hier und da, wo von den Geschäften in der Kammer und insbesondere von dem Verhältnisse der Mitglieder der Kammer zum Präsidium und sonst dergleichen die Rede ist, Seiten der Staatsregierung der Ausdruck gebraucht worden: „Stände“ oder: „Ständemitglieder“ oder: „Kammermitglieder“, und dafür ist hier und da die Modification vorgeschlagen worden, daß bei sehr vielen Paragraphen anstatt einer solchen speciellen Bezeichnung überhaupt impersonaliter das Wort: „Niemand“ gebraucht wurde. In dieser Rücksicht erlaube ich mir die Bemerkung zu machen, daß natürlicherweise in dergleichen Fällen nicht etwa auf den Schluß gekommen werde, als wenn auch die Regierungscommissarien, Minister oder andere Regierungsmitglieder, die Seiten der Regierung den Verhandlungen beiwohnen, darunter zu verstehen seien, indem rücksichtlich dieser festzuhalten ist, daß sie nicht als Mitglieder der Kammer zu betrachten und daher wohl mit der Kammer, aber nicht in der Kammer verhandeln; ein Verhältniß, welches in dieser Beziehung genau zu beachten sein dürfte.

Abg. Oberländer: Mein ehrenwerther Freund, der Abgeordnete Hensel, dürfte bei seiner letzten Erhebung schon gegen die in anerkannter Wirksamkeit bestehende provisorische Landtagsordnung, die gerade in diesem Punkte zufolge eines Kammerbeschlusses auf gegenwärtigem Landtage genau innegehalten werden soll, gehandelt haben. Ich halte auf die Bestimmung dieses Paragraphen gerade sehr viel; denn es ist durchaus nothwendig, eine bestimmte Schranke zu setzen, um doctrinairen Discussionen, gelehrten Haarspaltereien und rein persönlichen Erregungen, die mit der Sache gar wenig zu thun haben, vorzubeugen. In diesem Saale kommt es nämlich nicht allemal auf das Können und das genaueste Beweisen, was der fähigste Abgeordnete nicht sogleich immer kann, sondern auf das Wollen, auf das Stimmgeben mit zählender und überzeugender Kraft an, und ich glaube mich nicht zu irren, wenn ich behaupte, daß durch ein mehr als zweimaliges Wortergreifen bis jetzt noch Niemand einen wesentlichen Einfluß auf das Resultat der Abstimmung ausgeübt hat. Ich halte es für gar nicht gut, wenn sich nur einige Wenige der Discussion bemächtigen. Die jetzigen Bestimmungen der provisorischen Landtagsordnung

haben sich in diesem Punkte als ganz zweckmäßig bewährt, und wenn dies überall so der Fall wäre, würden wir nicht viel zu ändern brauchen. Was die Deputation zu §. 102 hinzuzusetzen vorgeschlagen hat, ist auch schon jetzt in der Praxis ausgeübt worden, und es erscheint zweckmäßig, dies nun auch ausdrücklich in das Gesetz mit aufzunehmen. Auskunftsertheilungen und Erläuterungen des Referenten sind auch bis jetzt schon von der Beschränkung ausgenommen gewesen, und ich erinnere mich nicht eines einzigen Beispiels, daß dem Referenten in dieser Beziehung das Wort nicht gestattet worden wäre. Aber gegen die Aeußerung des Abgeordneten Mehler muß ich bemerken, daß ich es für rathlich halte, daß Berichtigungen, Aufklärungen und Ergänzungen auf Thatsachen, Widerlegungen dieser Art, wie bisher, sofort geschehen können, und nicht vorher erst eine Reihe von Sprechern wieder angehört werde; denn es wird dadurch der Lebendigkeit der Discussion allerdings wesentlich geschadet, auch werden solche Entgegnungen, wenn viele Sprecher wieder dazwischen gesprochen haben, in der Regel von nur geringem Eindruck sein, und Viele werden es dann vorziehen, lieber ganz zu schweigen. Wird auch einmal ein Wort in der Hitze gesprochen, wie der Abgeordnete Mehler meint, so hat das wohl nicht viel auf sich, ein Wort ist kein Donnerschlag. Ich glaube nicht, daß es gerade nothwendig ist, sich jetzt schon über §. 102 zu erklären und denselben also vorwegzunehmen; sollte es aber geschehen, wogegen ich auch nichts einzuwenden habe, so werde ich mich ganz dem Deputationsvorschlage anschließen.

Abg. Mehler: Nur ein paar Worte bitte ich noch bemerken zu dürfen. Zuvörderst scheint der Abgeordnete Oberländer mich von Grund aus mißverstanden zu haben; denn ich habe nicht bestritten, daß die Kammermitglieder sofort, nachdem eine Aeußerung ausgegangen ist, welche Mißverständniß zur Folge hat, die Berichtigung sofort nach dieser Aeußerung müßten eintreten lassen, das ist mir nicht beigegeben, sondern ich habe bloß die Widerlegung im Auge, wie sie jetzt nach der Praxis stattfindet. Ich habe also gemeint, daß der, welcher zur Widerlegung sprechen will, es sofort thun muß, nachdem die betreffende Aeußerung, auf welche die Widerlegung sich bezieht, geschehen ist. Hiernächst hat der Abgeordnete Hensel gegen mich Mehreres geltend gemacht, was ich durchaus nicht so ohne Widerlegung hingehen lassen kann. Zuvörderst ist er im Irrthume, wenn er glaubt, daß nach §. 102 alle Kammermitglieder ein jus quaesitum haben, zweimal zu sprechen. Dies steht aber mit §. 104 in Widerspruch; denn nach demselben wird auf Schluß der Debatte angetragen, so darf ein Sprecher, auch wenn er vorher eingezeichnet war, doch nicht das Wort ergreifen, und kann sich dagegen auf §. 102 nicht beziehen, welcher ihm eine zweimalige Wortergreifung nachläßt. Die Gründe, die der Abgeordnete gegen die Wohlthätigkeit der in dem Paragraphen aufgestellten Regel überhaupt vorgebracht hat, scheinen mir aber nicht durchschlagend. Denn allerdings sind Zeugnisse dafür vorhanden, daß bei Schlag auf Schlag erfolgenden Erwidern nicht immer die Grenzen der parlamentarischen Rednerfreiheit innegehalten worden